



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die gegenwärtige Lage des Ministeriums Russell.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die gegenwärtige Lage des Ministeriums Russell.

Die fünfte Session eines Englischen Parlaments ist immer eine kritische für das bestehende Cabinet. Die nahe Auflösung macht die ministeriellen Mitglieder, welche den Preis für ihre Unterstützung bereits in Händen haben, kälter in ihrer Anhänglichkeit, und diejenigen, welche des Lohnes noch harren, dringlicher in ihren Anforderungen und allzugeneigt, dem Ministerium durch Widerspenstigkeit Concessionen abzutragen. Bei den unabhängigen Mitgliedern frischt die Aussicht auf die bald bevorstehende Neuwahl die Erinnerungen an die Versprechungen auf, die sie ihren Constituenten auf den Hustings gemacht haben, sie bestürmen das Cabinet mit Reformanträgen, und auch die eigentliche Opposition trägt Sorge, durch lebhaftere Angriffe ihr Dasein den Ministern und dem Lande bemerklich zu machen, und sich in kluger Vorsorge für die allgemeinen Wahlen einen frischen Vorrath von Popularität einzulegen. Und während durch diese Umstände die ministerielle Phalanx gelockert und die Opposition gekräftigt wird, scheut sich das Cabinet gewöhnlich, einem Parlament, dem die nahe Auflösung viel von seiner Autorität nimmt, Maßregeln von großer Wichtigkeit vorzulegen. Dadurch geräth es leicht in Gefahr, die Direction des Hauses ganz und gar zu verlieren.

Das diesjährige Parlament macht von dieser regelmäßig wiederkehrenden Stimmung keine Ausnahme, aber dennoch glaubte man, daß die Session für das Ministerium ruhig vorübergehen werde. Die große Industrieausstellung lenkte die Geister von den politischen Fragen ab, das Budget zeigte einen Ueberschuß von 2 Millionen Pfund, und der Schatzkanzler konnte also die Lasten der Steuerpflichtigen beträchtlich erleichtern; und Lord John Russell's kräftiger Brief gegen das päpstliche Breve, das ganz England, ohne sich um die Regierung zu kümmern, in katholische Bisthümer und Erzbisthümer theilte, hatte sogar die Masse der Conservativen in enthusiastische Anhänger verwandelt. Man erwartete und forderte wenig von dem Ministerium: eine Regelung und wo möglich Ermäßigung der Einkommensteuer, die in Folge des Ueberschusses leicht zu ermöglichen war, eine Reform der Kanzleigerichtshofs, eine schon seit mehreren Sessionen stets versprochene und stets hinausgeschobene mäßige Ausdehnung des Wahlrechts, und endlich einen wirksamen Schutz gegen die drohenden Uebergriffe des päpstlichen Stuhles. Befriedigte das Whigministerium diese gewiß sehr bescheidenen Forderungen, so konnte es auf einen beträchtlichen Zuwachs seiner Macht und seiner Popularität und auf einen langen Bestand rechnen.

Diese schöne Stellung hat sich das Ministerium Russell durch Halbheit und Schwäche in wenig mehr als 14 Tagen ganz und gar verdorben, und was Anfangs eine Bedingung seiner Stärke zu sein schien, ist durch eigene Schuld Haupt-

ursache seiner Hinfälligkeit geworden. Am 3. Februar wurde das Parlament eröffnet, die Thronrede stellte Maßregeln gegen die päpstlichen Uebergriffe und eine Reform des Kanzleigerichts in Aussicht, schwieg aber über die Steuerermäßigung und über die Wahlreform. Am 7. Februar erklärte sich Lord John Russell über die Absichten der Regierung in Bezug auf die oberrühnte Maßregel der päpstlichen Curie. Die von ihm einzubringende Bill hatte den Zweck: erstens die Annahme bischöflicher Titel, die von Orten in England oder Irland herrühren, katholischen Geistlichen zu verbieten, zweitens, alle Vermächtnisse, Schenkungen und vormundschaftliche Anvertrauung von Eigenthum an solche Personen null und nichtig zu machen. Die Bill befriedigte nicht ganz das protestantische Gewissen Englands, und selbst sehr gemäßigte Stimmen, wie die Times, verlangten wenigstens, daß der Zusammentritt katholischer Synoden und die Gültigkeit ihrer Beschlüsse von der Billigung der Regierung abhängig gemacht werde. Doch zeigte sich die conservative Seite des Hauses willig, das Ministerium zu unterstützen. Lebhaften Widerspruch aber fand die beabsichtigte Maßregel unter den Anhängern des Ministeriums selbst; sowohl die Englischen Radicalen von dem Standpunkte unbedingter Toleranz aus, wie die 30—40 katholischen Irischen Mitglieder im Interesse ihrer Kirche, opponirten der Bill auf das Heftigste. Doch wurde sie nach dreimal vertagter Debatte am 14. Februar im Princip mit der ungeheuren Majorität von 395 gegen 63 Stimmen genehmigt. Wie bedenklich dieser Sieg für das Ministerium war, hatte sich schon am Tage vorher gezeigt.

Während der Debatte über die Papal-agression bill hatte dem Unterhaus noch ein anderer Antrag zur Berathung vorgelegen. Herr Disraeli, der jetzt im Unterhause der erklärte Führer der Protectionisten ist, verlangte die Ernennung eines Comité zur Untersuchung des Nothstandes der ackerbauenden Klassen. Der Antrag hatte keinen unmittelbaren praktischen Zweck; es war einer jener Ballons d'essai, welche die Parteihäupter oft steigen lassen, um die Strömungen in der Atmosphäre des Hauses zu prüfen, und die fernere Parteitaktik darnach einzurichten. Die Irischen katholischen Mitglieder ergriffen aber mit Freuden diese Gelegenheit, um ihrem Zorn gegen das Ministerium Luft zu machen, und eine große Zahl derselben, obgleich früher die Freihandelspolitik des Ministeriums unterstützend, stimmte diesmal „aus Irischen Gründen,“ wie sie offen bekamen, mit den Protectionisten. Das Ministerium hatte zwar noch eine Majorität, aber bloß von 14 Stimmen — 281 waren gegen, 267 für den Antrag. Die protectionistischen Zeitungen feierten die Abstimmung als einen halben Sieg; unlängbar war es ein Zeichen des beginnenden Zerfalls der ministeriellen Majorität. Eine Art Entschädigung für die Abtrünnigkeit der Irländer war dem Ministerium das sehr entschiedene Auftreten Sir J. Graham's, seit Peels Tode der bedeutendste Staatsmann der freihändlerischen Conservativen, der seine Anhänger aufforderte, alle untergeordneten Meinungsdivergenzen zu vergessen, und sich in dem großen

Entscheidungskampfe um die definitive Anerkennung des Princips der Handelsfreiheit einträchtig um das Ministerium zu schaaren.

Das Ministerium sah sich bald in einer Lage, wo es diese neuen Anhänger sehr nöthig brauchte. Die Whigs, die nicht in dem Rufe stehen, gute Finanziers zu sein, hatten diesmal durch ein seltenes Glück einen Ueberschuß von 2 Millionen Pfund Sterling. Alles hoffte, Sir Ch. Wood werde diese bedeutende Summe zu irgend einem ansehnlichen Steuernachlaß benutzen, und so, indem er eine der vielen Erwartungen der Steuerpflichtigen ganz befriedigte, eine Klasse der Belasteten ganz für das Ministerium gewinnen. Anlaß dazu war genug vorhanden. Alle einsichtigen Finanzreformen dringen seit länger Zeit auf eine Ermäßigung und bessere Vertheilung der Einkommensteuer; die Bevölkerung der Städte konnte sich das Ministerium durch die Abschaffung der Fenstersteuer auf lange Zeit hin verpflichten; die liberale Partei war sehr für Aufhebung der Papier- und Annoncensteuer, und selbst die Gunst der Grundbesitzer war durch Erniedrigung der Malzsteuer zu gewinnen. Merkwürdiger Weise benutzte der Kanzler der Schatzkammer von diesen vielen Gelegenheiten, sich Freunde zu erwerben, keine einzige. Die Einkommensteuer, welche mit besonderer Ungerechtigkeit am Schwersten auf das Einkommen fällt, das nicht von Capitalien herrührt, sollte ganz unverändert, und abermals auf 3 Jahre fortbestehen; die Fenstersteuer wurde in eine Häusersteuer verwandelt und auf  $\frac{2}{3}$  herabgesetzt; ein beträchtlicher Theil des Ueberschusses sollte zur Tilgung von Staatsschulden, der Rest zur Herabsetzung der Zölle auf Kaffee und Zimmerholz verwendet werden. Sir Ch. Wood wollte Allen gefällig sein, und befriedigte Niemanden. Seine Vorschläge wurden im Parlamente und in der Presse mit allgemeiner Unzufriedenheit aufgenommen, und das Fiasco, das sie überall machten, ermutigte die protectionistische Opposition, einen Angriff auf die aller Orten unbeliebte Einkommensteuer vorzubereiten und auf diese Weise das Ministerium zu stürzen. Wenn sie schon bei Disraeli's Antrag durch Unterstützung der katholischen Irländer nur um 14 Stimmen in der Minorität blieben, so konnten sie hier fast mit Sicherheit auf eine Majorität rechnen.

Der Sturz des Ministeriums kam aber noch eher, als sie erwartet hatten. Da das Cabinet sich nicht selbst herbeiließ, den ersten Schritt zu der so oft versprochenen Wahlreform zu thun, so trug am 20. Februar Hr. Locke King auf Erlaubniß zur Einbringung einer Bill an, welche den Censur für die Wähler in den Parlamentsflecken auf dieselbe Höhe festsetzte, wie in den Grasschaften, nämlich auf 10 Pfd. jährlichen Zins. Lord John Russell sprach gegen den Antrag, versprach jedoch, zu Anfang nächster Session eine Ausdehnung des Wahlrechts vorzuschlagen. Dennoch entschied sich das Haus mit 100 gegen 52 Stimmen für den King'schen Antrag. Die Majorität war genau so stark wie die Minorität, welche im vorigen Jahre für den Antrag gestimmt hatte; aber damals hatten die Conservativen mit dem Ministerium gestimmt, während sie sich diesmal vor der

Theilung des Hauses entfernten. Das Ministerium war seiner eigenen Partei gegenüber in der Minorität geblieben. Mit einer so schlecht disciplinirten ministeriellen Partei konnte das Cabinet nicht hoffen, ein Budget durchzusetzen, das so viel wohlbegründete Einwendungen gegen sich hatte. So bot denn Lord John Russell am nächsten Tage der Königin seine Entlassung an, welche dieselbe auch annahm.

Jetzt begann ein ministerielles Interregnum, wie es seit Perceval's Tode in der parlamentarischen Geschichte Englands ohne Beispiel ist. Vom 22. Febr. bis zum 3. März, wie damals (1842) vom 22. Mai bis zum 8. Juni, dauerten die Unterhandlungen mit den leitenden Staatsmännern der verschiedenen Parteien, um mit dem Wiedereintritt der alten Minister zu enden. Die Protectionisten, die so heiß den Sieg herbeigewünscht hatten, sahen sich jetzt außer Stande ihn zu benutzen. Lord Stanley wurde zuerst zur Königin berufen, aber er mußte sich gestehen, daß er keine Aussicht hatte, im Unterhaus eine Majorität zu erlangen; und selbst, wenn er eine Auflösung des Parlaments wagen wollte, konnte er sich nicht verhehlen, daß sein Ministerium schwerlich von langer Dauer sein werde; denn er selbst ist der einzige bedeutende Staatsmann der Partei, und im Unterhause wäre er für alle praktischen Zwecke auf den sehr unbedeutenden Hrn. Ferris angewiesen, denn Herr Disraeli ist zwar ein brillanter Redner, aber kein praktischer Politiker — ein Sheridan, aber kein Fox. Man versuchte jetzt eine Combination zwischen den Whigs und Peeliten, der eine starke Majorität im Unterhause sicher war. Lord Lansdowne und Lord Russell einerseits, und Lord Aberdeen und Sir J. Graham andererseits traten zu diesem Zwecke mit einander in Unterhandlung. Die beiden Peeliten zeigten sich sehr bereit, den Whigs ihre Mitwirkung angedeihen zu lassen, in der commerciellen Politik stimmten sie natürlich mit ihnen überein, wegen der zu ergreifenden finanziellen Maßregeln verständigte man sich, und Beide erklärten sich für eine baldige verständige Erweiterung des Wahlrechts. Aber mit Lord Russells antipäpstlichen Maßregeln konnten sich die beiden zum Bündniß Eingeladenen nicht für einverstanden erklären. Beide sahen darin einen Eingriff in die Glaubensfreiheit der katholischen Unterthanen der Königin, und obgleich Lord J. Russell die Wirksamkeit der Bill auf England und Schottland beschränken wollte, hielten sie doch Strafbestimmungen gegen die katholische Geistlichkeit nicht für vereinbar mit ihren politischen Principien. Daran zerstückte sich auch diese Combination, und da Lord Aberdeen und Sir J. Graham zugleich erklärten, daß, obgleich sie die vorgeschlagenen Strafbestimmungen für unnütz und selbst für ungerecht hielten, bei der einmal im Volke obwaltenden gereizten Stimmung doch Etwas geschehen müsse, so gestanden sie damit zugleich die Unmöglichkeit ein, selbst ein Ministerium zu bilden. Damit waren alle verfügbaren Materialien zu einer neuen Cabinetsbildung erschöpft, und die Königin rief auf Wellingtons Rath Lord Russell wieder an's Ruder.

Die Unmöglichkeit eines Ministeriums Stanley oder Graham im gegenwärtigen Augenblicke mußte Lord J. Russell's Stellung nicht wenig verstärken, wenn er sie nur einigermaßen hätte zu benutzen gewußt. Aber im Gefühl seiner Unentbehrlichkeit hat er, seitdem er wieder an der Spitze der Geschäfte steht, Nichts gethan, was die Basis seiner Partei hätte erweitern können. Anstatt seinen unfähigen Kanzler der Schatzkammer, oder wenigstens dessen Budget, über Bord zu werfen, legte er Letzteres zur großen Verwunderung des Hauses zum zweiten Male ganz unverändert vor; dafür mußte er sich auch gefallen lassen, daß ihm die Einkommensteuer, statt auf drei Jahre, nur auf ein Jahr bewilligt wurde, und sich nach Ablauf dieser Zeit zu einer Revision derselben verpflichten. Noch seltsamer war sein Verfahren mit der päpstlichen Titelbill. Er konnte sie ganz fallen lassen, und damit, wenn nicht die ministerielle Mitwirkung, so doch die parlamentarische Unterstützung der Peeliten sich sichern, auch die treulosen Irländer wieder zu seinem Banner zurückführen. Oder er konnte die Synoden noch von der königlichen Genehmigung abhängig, und damit bei der großen Masse der Protestanten sich beliebt machen. Er that keines von beiden; hingegen wußte er mit großer Geschicklichkeit Alle vor den Kopf zu stoßen. Er strich von den vier Paragraphen der Bill drei aus, und behielt einen bei. Er strich die drei, welche dem verletzten protestantischen Selbstgefühl der Engländer noch am Ersten Genugthuung versprochen, und behielt den einen bei, der, da er unverändert geblieben war, die Wirksamkeit der Bill auf Irland ausdehnte, und die Interessen der unter ganz andern Bedingungen existirenden Irischen katholischen Kirche auf das Ernstlichste zu verletzen drohte. Durch die Weglassung weckte das Ministerium die Opposition der eifrigen Protestanten, durch die Beibehaltung machte es die Feindschaft der bisherigen ministeriellen Irischen Mitglieder nur noch bitterer. Ein Mangel an aufrichtiger Zusammenwirkung der einzelnen Cabinetsmitglieder zeigte sich in manchen kleinern Vorfällen. So giebt der Lordkanzler einmal im Oberhause die Antwort, er wisse nicht, in welchem Hause die Bill zur Reform des Kanzlergerichtshofs zuerst eingebracht werden solle, und an demselben Abend legt Lord J. Russell die Bill dem Unterhause vor. Es ist hier nicht der Ort, alle die kleinen Niederlagen des Cabinets aufzuzählen, wo es bei weniger wichtigen Anträgen in der Minorität blieb, bloß weil man nicht für die nöthige Anzahl ministerieller Mitglieder gesorgt hatte, oder weil die Führer in allzugroßer Bequemlichkeit ihr Gefolge ohne Parole ließen, aber den fast unerhörten Fall müssen wir noch anführen, daß, als Lord J. Russell's Antrag auf Abänderung des Eides der Parlamentsmitglieder (wegen des Eintrittes des Baron Rothschild's ins Unterhaus) auf der Tagesordnung stand, sich nicht einmal 40 Mitglieder eingefunden hatten — so daß der Antrag für diese Session verloren ist. Und das war eine Maßregel, zu deren Durchführung sich Lord Russell seit mehreren Sessionen verpflichtet hat! In andern Fällen findet der Chef des Cabinets freilich Mittel,

sich vor einer Niederlage zu schützen. Als Herr Baillie einen Antrag auf ein Tadelsvotum in der Ceylon'schen Angelegenheit stellte, erklärte der edle Lord sofort, daß er von der Annahme dieses Antrages das Schicksal des Cabinets abhängig mache, worauf Herr Baillie aus Rücksicht auf den kritischen Stand der parlamentarischen Geschäfte seinen Antrag zurücknahm. Freilich ist Lord Torrington, der zu tadelnde Gystatthalter von Ceylon, ein naher Verwandter Lord J. Russells.

In diesem Lichte zeigt sich uns das Whigministerium, seitdem es wieder ins Amt getreten ist. Ueberall beseelt von dem Bestreben, nur durch Furcht vor einem gegnerischen Ministerium die unbotmäßig gewordenen Anhänger wieder zu gewinnen; nirgends sieht man einen Versuch, eine große Partei durch eine Maßregel von allgemeiner nationaler Bedeutung um sich zu schaaren, und überall die Neigung, widerstandslos auf dem Rücken einer launenhaften Majorität der Prorogation entgegenzuschaukeln, wenn nur die Klippe der Budgetsverweigerung vermieden wird. Daß dabei seine Popularität, und namentlich die seines Führers, nicht gewinnt, ist natürlich. Immer lauter werden die Klagen, daß die leitenden Staatsmänner der Whigs, so groß ihre frühern Verdienste um die Freiheit Englands sind, sich jetzt abgenutzt haben, und lieber für das Interesse ihrer Partei, als für das Wohl des Landes sorgen; daß sie mit scharfer Eifersucht auf aufkommende Talente blicken, anstatt sie mit Eifer anzuwerben, wo sie durch einen Fortschritt in der Gesetzgebung oder eine Reform in der Verwaltung leicht zu gewinnen wären; daß sie bei Anstellungen von großer Wichtigkeit sich von den niedrigsten Parteirücksichten leiten lassen, und daß sie, selbst unfähig oder nicht geneigt zum Erfinden praktischer Gesetze, welche den Bedürfnissen des Volkes abhelfen oder zuvorkommen, Andere vom Handeln abhalten, welche die Forderungen der Zeit kennen, und Muth und staatsmännische Weisheit genug haben, um sie zu befriedigen. Mehr und mehr wünscht man, daß die ältern Mitglieder der Whigpartei sich vom politischen Schauplatz zurückziehen, und die noch nicht abgenutzten jüngern Kräfte sich mit den energischen und praktischen Peeliten vereinigen möchten, und die Erklärung Sir J. Grahams, in eine Erweiterung des Wahlrechts willigen zu wollen, ist schon ein bedeutender Schritt in dieser Richtung.

## Die Großdeutschen und die Demokraten.

Der Eintritt Oesterreichs in den Deutschen Bund, von Professor Bülow.  
Erfahrungen aus den letzten drei Jahren. Ein Beitrag zur Kritik der Mittelparteien,  
von v. Arnub.

Wir lassen uns bei der Kritik unsrer Gegner nicht weiter auf eine revue rétrospective ein. Die Geschichte der letzten Jahre ist nun nach allen Seiten